

Statement zur Internationalen Tagung in Genf, Universität Genf, am 7. Dezember 2012

Der Deutsche Studierendensurvey und die politische Beratung: Auftrag, Erfahrungen und Folgerungen

Anhand des deutschen Studierendensurveys sollen wir etwas über die Erfahrungen mit der politischen Beratung berichten. Auf drei Fragen gehen wir ein: Was ist unser Auftrag und unser Verständnis? Welche Leistungen bieten wir an und welche Erfahrungen haben wir machen können oder müssen? Und welche Bilanz und Folgerungen ziehen wir daraus?

I. Gründung und Geschichte: Auftrag

Da ist es angebracht, mit der Geschichte (und Vorgeschichte) des Studierendensurveys zu beginnen. Denn die „politische Beratung“ gehörte zu seinem Gründungsauftrag, ist eine zentrale „raison d’être“ des Vorhabens.

Der Studierendensurvey wurde vor gut 30 Jahren eingerichtet. Erfasst werden sollten „Studiensituation und studentische Orientierungen“, so der offizielle Titel. Die erste Erhebung fand im WS 1982/83 statt; mittlerweile liegen elf Erhebungen vor, die zwölfte ist gerade auf dem Weg. Eine beachtliche Zeitreihe und Ausweis dafür, dass sich dieser Survey mittlerweile etabliert hat.

Zurück zur Gründungsgeschichte: Vor dem Start des Studierendensurveys lag eine Phase von 15 Jahren der Grundlagenforschung zur Hochschulsozialisation in einem Sonderforschungsbereich/Zentrum für Bildungsforschung (zwischen 1967 und 1982). Die Forschung war interdisziplinär organisiert und erfolgte im internationalen Vergleich. Sie ermöglichte viele methodische Erprobungen, theoretische Ausarbeitungen und vor allem die Entwicklung von Skalen und Instrumentteilen, von Items und Indikatoren. Ohne diese intensive und lange Vorbereitungsphase hätte der Studierendensurvey nicht diese Qualität erreichen können, die für die Dauerbeobachtung anhand von Indikatoren nötig ist.

Anfang der 80er Jahre ließ sich dann das damalige Bundesministerium für Bildung und Wissenschaft (noch in Bonn angesiedelt) überzeugen, parallel zur Sozialerhebung über die sozio-ökonomische Dimension des Studierens eine weitere Massenerhebung einzurichten: Einen Survey über die kulturelle Dimension des Studierens, und zwar als Start zu einer kontinuierlichen Dauerbeobachtung – wir wollten mit dem Survey alt werden.

Was leistet der Studierendensurvey und wie ist er angelegt? Er erfasst in einer schriftlichen Erhebung alle drei Jahre mit einem umfangreichen Instrument die Erwartungen und Erfahrungen, Urteile und Forderungen der Studierenden hinsichtlich Studium, Beruf und Politik. Dieses breite Spektrum und die Zeitreihe ermöglichen differenzierte Auswertungen, worin entscheidende Vorteile des Surveys zu sehen sind. Dies liegt auch am umfangreichen Sample, denn zwischen 8.000 bis 10.000 Studierende an Universitäten und Fachhochschulen beteiligen sich und beantworten die über 100 Fragen mit mehr als 600 Informationen. Aufgrund der Anlage und Strukturvergleiche können die Befunde als weitgehend repräsentativ gelten, auch nach Hochschulart oder Fachrichtungen.

Finanziert wird das Vorhaben vom Bund als „öffentliche Hand“ und „politische Administration“, aber angesiedelt ist es an einer Universität als „Ort der Wissenschaft“ und „Wahrheitssuche“, an der Universität Konstanz im Rahmen der AG Hochschulforschung. Damit stand von Anfang an und steht bis heute das Projekt im *Spannungsfeld von „Wissenschaft“ und „Politik“*. Das ist der Grundkontext, in dem wir arbeiten: Die vertragliche Vereinbarung beinhaltet die hauptsächliche Finanzierung durch das Bundesministerium, aber sie stellt *keinen Auftrag dar*, sondern ist als *eine Förderung* zu verstehen. Das ist wichtig für das Verhältnis zur Politik und die Gestaltung der Politikberatung auf der Grundlage des Studierendensurveys– damit werden die gegenseitigen Verpflichtungen und die vorhandenen Grenzen festgelegt. Dazu gehört zum Beispiel eine grundlegende Vereinbarung zur Produktion und Verteilung unserer Berichte: Manuskripte und Texte stehen zuerst dem Ministerium zur Verfügung, da sind wir ganz loyal – dort wird dann über dessen weitere Verwertung entschieden: erfolgt eine Präsentation bzw. Publikation und in welchem Rahmen oder wird davon abgesehen, darauf verzichtet? Wird eine Verwendung durch das Ministerium nicht vorgesehen, dann sind wir völlig frei, die Texte anderweitig vorzulegen oder zu publizieren – nichts landet in irgendeiner Schublade, alles wird im weitesten Sinne „veröffentlicht“.

Ebenso bedeutsam für das Bewegen im Spannungsfeld von Wissenschaft und Politik ist der wissenschaftliche Beirat zum Studierendensurvey. Ihm gehören

fünf bis sechs Mitglieder an, ausgewiesene Wissenschaftler verschiedener Disziplinen. Der funktionale Vorteil für die Arbeitsgruppe (die Seite der Forschung) besteht in der Sicherung hinsichtlich der wissenschaftlichen Qualität und als Schutzschild gegenüber möglichen administrativen Einwirkungen, der funktionale Vorteil für das Ministerium (die Seite der Politik) liegt ebenfalls in der Absicherung wissenschaftlicher Standards und zudem in der erweiterten Beratung zur Datennutzung (etwa Veröffentlichungen) und praktischen Handhabung (etwa internationaler Austausch).

Grundverständnis: wissenschaftliche Politikberatung

Als wir den Survey einrichteten, waren wir uns mit dem Auftraggeber einig: das Hauptziel der gesammelten Informationen und Darstellungen ist die Herstellung einer gemeinsamen Basis für Auseinandersetzungen, Handlungsstrategien und Entscheidungen. Es sollte eine **systematische und empirische Grundlage, nach dem Stand der wissenschaftlichen Kunst** in einem strittigen Feld geschaffen werden.

Im Rahmen des Auftrags zur politischen Beratung sind wir als erster der „**Öffentlichkeit**“ verpflichtet. Und die Art der Vermittlung bleibt „diffus“, wir sind nicht auf einen einzelnen Beratungspartner ausgerichtet und generieren auch kein „Steuerungswissen“ allein für die Steuerleute, an den Hochschulen oder in den Ministerien. Unsere Arbeiten, Instrumente wie Befunde, stehen vielmehr allen Interessierten offen – und das haben wir bislang einhalten können.

Zweites Ziel war und ist es, den **Studierenden** mit ihren Problemen und Wünschen eine gewichtige Stimme zu verschaffen, jenseits von Vertretungen und Gruppierungen. Und zugleich vermitteln wir den **Hochschulen** eine Rückmeldung zur Studienorganisation, zur Lehrqualität, zur Beratung und Betreuung, und zwar möglichst differenziert und verlässlich.

II. Aktivitäten und Erfahrungen in der Politikberatung

Worin besteht nun unsere Arbeit und wie erfüllen wir den umfassenden Auftrag der „Politikberatung“, sei es die „Steuerung“ einzelner Hochschulen oder die „Strategie“ der Hochschulpolitik generell?

Für uns wie dem Bundesministerium war von vornherein klar, dass wir nicht nur einen Berichtsreport abliefern, mit einem langen Tabellenanhang, wie oft bei Einzelprojekten üblich, genannt „Abschlussbericht“. Der umfangreiche und wachsende Datenfundus sollte vielmehr vielfältig genutzt werden. Deshalb ha-

ben wir eine zusätzliche Auswertungsphase vorgesehen, in der weitere Schwerpunktberichte oder Fachmonographien erstellt werden.

Das Grundverständnis mit der **Orientierung auf die Öffentlichkeit, die Studierenden und die Hochschulen** zeigt sich in den Aktivitäten, die wir verfolgen: **Am Anfang**, unmittelbar nach jeder Erhebung, stehen drei Arbeiten an:

- 1) Zuerst die Herstellung des **Datenalmanachs** mit der Zeitreihe über die vorliegenden Erhebungen, differenziert nach Hochschulart, Fachrichtungen und Geschlecht. Er wird ins Netz gestellt und er wird gedruckt, in begrenzter Auflage für Bibliotheken und Experten, Verbände und Administrationen.
- 2) Sodann die Erstellung der **Tabellate für jede beteiligte Hochschule** mit den hochschulspezifischen Grunddaten und der Fachverteilung, alle 26 erhalten dieses Dokument – und auf Bestellung werden weitere Exemplare nachgedruckt und zugestellt, etwa für Diskussionen in den Hochschulgremien.
- 3) Schließlich erfolgt die Übergabe der **Datei des Studierendensurveys**, die aktuelle Erhebung und die integriert Datei über alle vorhandenen Wellen, jeweils mit eigenem Codebuch, an das Zentralarchiv in Köln, wo sie jeder aus der „wissenschaftlichen Öffentlichkeit“ nutzen kann.

Diese Arbeiten der Grundinformation und Verfügbarkeit, gleichsam die Basisarbeit zur politischen Beratung, zieht sich über gut ein halbes Jahr hin und kostet fast eine wissenschaftliche Stelle (auf Honorarbasis).

Daran anschließend erfolgt für jede Erhebungsrunde eine **offizielle Berichterstattung** mit einem Hauptbericht in Langform (von 240 bis 280 S.) und einer Kurzfassung (mit 60 – 80 S.). Die Manuskripte gehen an den Auftraggeber, er gibt Rückmeldungen und Anmerkungen, die wir vor der Drucklegung abwägen. In der Regel ist alles ok., nur mit der BAFÖG-Abteilung des Ministeriums, für die sozialen Studienstipendien zuständig, gibt es jedesmal gewisse Reibereien.

Mit der Publikation ist dann meist eine Präsentation vor der Presse und anderen Experten verbunden, die in der Regel in Berlin stattfindet. Dazu gehören auch die Vorlage für den „Leitungstext“ und die „Pressemitteilung“. Manchmal obliegt die erste öffentliche Vertretung vor den Medien einem Minister oder einer Ministerin, öfters müssen Staatssekretäre diesen Job verrichten. Dabei hat das Ministerium unserem Eindruck nach fast mehr Befürchtungen hinsichtlich der „kritischen, provokativen Fragen“ von Fachjournalisten als wir. Vor einigen Jahren hat sogar der damalige Bildungsminister seine Teilnahme an der Pressekonferenz abgesagt, weil er sich nicht „erneut“ bestimmten Anwürfen

aussetzen wollte (sie betrafen die soziale Ungleichheit und die Arbeiterkinder im Studium).

Eine hervorstechende Bedeutung haben die *Schwerpunktberichte und Fachmonographien*, weil sie ein spezielles, wichtiges Thema aufbereiten und weil sie unmittelbar Rückmeldungen und Anregungen für die Fachrichtungen und deren Lehre erbringen. Sie sind insofern eher wirksam für Debatten und Änderungen, für Reformstrategien und die Hochschulentwicklung: das zeigen die Berichte zum Studium der Rechtswissenschaft und zum Studium der Medizin, aber auch zur Attraktivität und Studienqualität des Ingenieurstudiums – das belegen ebenfalls manche Nachbestellungen und die Übernahme von Anregungen aus solchen Berichten.

Unmittelbare Klientel: Hochschulen und Studierende

Die Beratung der einzelnen Hochschulen, ihrer Leitungen oder anderer Einrichtungen, hat unterschiedliche Anlässe und Formen: von der Einzelberatung bis hin zu Referaten für „Dienstbesprechungen“ oder Beiträge zu „Tagen der Lehre“. Das Themenspektrum ist ebenfalls breit gefächert: Es umfasst evaluative Rückmeldungen zur Lehrdidaktik, Feststellungen zum sozialen Klima und zur Betreuung, aber auch Spezialthemen wie Realisierung des Praxisbezuges oder die Studiensituation von Frauen.

Außerdem richten die verschiedenen Einrichtungen an den Hochschulen immer wieder Nachfragen an uns: die Studien- und Berufsberatung, Stellen der Hochschuldidaktik und der Lehr-Entwicklung sowie das Qualitätsmanagement; sie alle erbitten Beiträge und Beratung oder laden zu Vorträgen und Diskussionen ein.

Gleichermaßen wie die Hochschulen sehen wir die **Studierenden** als Partner, die Anspruch darauf haben, zu erfahren, was mit ihren Angaben geschieht. Allen Studierenden, die dies wünschen, wird daher die Kurzfassung des Reports zur jeweiligen Erhebung zugesandt. Meist sind dies mehrere Hundert, was sowohl Mehraufwand als auch Mehrkosten (Druck und Porto) verursacht.

Zum Verteiler gehören selbstverständlich die studentischen Vertretungen, wie der freie Zusammenschluss der StudentInnenschaften als Gesamtverband, oder andere studentische Gruppierungen politischer und sozialer Art. Den Anfragen einzelner Asten oder Hochschulgruppen zu Referaten und Diskussionen kommen wir möglichst nach: Sie beziehen sich zumeist auf die politischen und sozialen Orientierungen der Kommilitonen. Wir registrieren aber eine gewisse Zurückhaltung im Interesse und in der Nachfrage von Seiten der Studierenden.

Spektrum an Interessenten: Stiftungen, Kirchen und Gewerkschaften

Darüber hinaus bedienen wir ein Spektrum an Instanzen, Verbänden und Institutionen. Eine gewisse Prominenz haben dabei die Hochschulrektorenkonferenz wie die Landeskongresse ebenso wie die Fakultätentage, auch der Wissenschaftsrat nutzt die Daten öfters.

Besonders eng haben wir zuletzt mit dem **Deutsches Studentenwerk** kooperiert, und dort zu Fragen der studentischen Werte und des Wohnens wie auch zu allgemeinen Perspektiven der kulturellen Dimension des Studierens und der Internationalität Stellung genommen. Dazu gehört auch ein Austausch mit dem DAAD, dem Deutschen Akademischen Austauschdienst, zum Auslandsstudium, was ihn fördert und was ihn hemmt.

Beratung und Nutzung nehmen oftmals die verschiedenen **Stiftungen** in Anspruch. Wir haben mit allen Stiftungen zusammengearbeitet, mit manchen enger, etwa der gewerkschaftlichen Hans-Böckler-Stiftung oder der Friedrich-Ebert Stiftung, aber auch mit der Naumann-Stiftung und der Adenauer-Stiftung, zuletzt sogar mit der Rosa-Luxemburg-Stiftung – wenn sie sich in der deutschen politischen Landschaft und Geschichte auskennen, sind Sie in der Lage, sie den „Mutterparteien“ zuzuordnen.

Selbstverständlich sind wir offen für die Unterrichtung von Gewerkschaften (z.B. Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft) und Arbeitgeberverbänden (z.B. Südwest Metall), von Parteiausschüssen oder von Kirchengemeinden, katholisch, protestantisch oder anderer Konfession. Sie alle haben an den Hochschulen wichtige Funktionen für das Zusammenleben und die Bildung der Studierenden zu erfüllen, bei denen wir sie durch Informationen und Anregungen unterstützen.

Haben wir etwas bewegt oder erreicht?

Da wir die Öffentlichkeit erreichen wollen und empirisch belegbare Argumente in den Auseinandersetzungen ermöglichen sollen, ist für uns das erste Ziel der Politikberatung erreicht, wenn Daten und Befunde rezipiert und genutzt werden, wenn viele Anfragen uns erreichen, auch viele Nachfragen nach Beiträgen und Vorträgen. In dieser Hinsicht ist ein kontinuierlicher Aufwärtstrend festzustellen, der so umfänglich geworden ist, dass wir ihm kaum nachkommen können – auch durch andere Forschungsprojekte und Forschungseinrichtungen.

Die Beeinflussung inhaltlicher Orientierungen, Positionen und Entscheidungen ist schwierig zu bemessen und einzuschätzen. Dennoch meinen wir, zur Entwicklung in einigen Feldern aufgrund unserer Daten, Befunde und Präsentatio-

nen beigetragen, zuweilen einfach nur mehr Nachdenklichkeit oder Verunsicherung hergestellt zu haben, ehe neue Wege beschritten werden konnten. Stichwortartig seien immerhin zehn Felder benannt, wo solche Einflussnahme für uns ersichtlich ist, ohne hier die Belege vorzuführen:

1 bei Änderungen im Medizinstudium, vor allem in der ersten Studienphase...

2 bei der Stärkung der Studienberatungen, ihrer Anerkennung und Aufgaben...

3 beim Aufweis der sozialen Ungleichheit im Studium, mit den Hemmnissen für Bildungsaufsteiger...

4 mit dem Aufweis der Relevanz des Auslandsstudiums und seiner Strategie im Bachelorstudium...

5 bei dem Drängen nach Transparenz und offener Auswahl bei den Hochbegabten-Stiftungen...

6 mit dem Starten und Befördern der Qualitätsdiskussionen über Studium und Hochschulleistungen...

7 mit den Beiträgen zur Evaluationsmethodik und Hochschuldidaktik, zuweilen kontrovers...

8 das vielfache Zurechtrücken mancher Bologna-Aufregungen, falscher Versprechungen wie unzutreffender Kritik...

9 der Beitrag zur Anerkennung von studentischen Argumenten und Protesten hinsichtlich Stress und Studierbarkeit...

10 die differenzierte Sicht auf den Forschungs- und Praxisbezug im Studium hinsichtlich der Effizienz verschiedener Vermittlungsformen... .

III. Folgerungen und Überlegungen

Obwohl wir auf einige Resonanz und auch einen gewissen Einfluss im Sinne von Rezeption und Berücksichtigung blicken können, und uns dies freut, müssen die Bedingungen und Unwägbarkeiten der Politikberatung im Bewusstsein bleiben.

Die Politik ist ein eigenes Spielfeld

Man muss sich darüber im Klaren sein: Erwartungen aus Politik und Praxis können von uns nur unzureichend erfüllt werden, werden vielleicht manchmal sogar enttäuscht. Was immer wir berichten und folgern auf der Grundlage von geprüfter Empirie und ausgefeilter wissenschaftlicher Methodik (bis hin zu Mehrebenenanalysen), politisches Handeln findet auf einem anderen Spielfeld statt. Deshalb sind die Befunde des Studierendensurveys für die Politik eine

Hilfe und Gefahr zugleich. Mehrere Gründe sind dafür verantwortlich, die man sich im Feld der Wissenschaft immer wieder vor Augen halten muss.

Für die Politik ist der „Erfolg“ eine herausragende Größe, eine Erwartung, die unsere Daten nicht immer bestätigen können (Bsp. Bologna-Prozess). Die Politik bevorzugt „einfache Lösungen“, die unsere Daten aber oftmals nicht nahelegen oder der sie sogar widersprechen (Bsp. vorzeitigen Abgang). Für die Politik haben Begriffe einen politischen Gehalt, so werden „Probleme„ oder „Belastungen“, die wir aufzeigen zu „Herausforderungen“. Für die Politik und die Handelnden sind Diagnosen weniger beachtenswert als Therapien, unser Auftrag ist aber hauptsächlich „nur“ diagnostisch – ein strukturelles Defizit.

Jede Aussage, sogar scheinbar neutralen wissenschaftlichen Charakters, etwa über Studienstress, Berufsaussichten oder Demonstrationsabsichten, spricht für oder gegen eine Politik, jede Aussage wird darauf abgeklopft und zugeordnet. Für die Politik sind Primärerfahrungen meist relevanter als Surveydaten, und zwar im doppelten Sinne: Sie sind realistischer und sie sind eindrucksvoller, selbst wenn sie von Nichten und Neffen, von der schwäbischen Hausfrau oder dem Taxifahrer stammen bzw. übernommen werden.

Streitbare Auseinandersetzungen

Angesichts solcher Differenzen ist es naheliegend, dass wir im Laufe der Jahre in eine ganze Reihe von streitbaren Auseinandersetzungen verstrickt waren, sowohl mit der Hochschulpolitik wie mit der Praxis an den Hochschulen, sogar mit der Fachwissenschaft bei methodischen wie inhaltlichen Fragen.

Im **Feld der Politik**, auf das wir hier allein eingehen, waren anfänglich einige Auseinandersetzungen um Fragebogen und Sample zu bestehen, die nun der Vergangenheit angehören. Für die Art und Lösung der immer wieder auftretenden Auseinandersetzungen mit der „Politik“ seien nur zwei Beispiele angeführt und knapp erzählt, zum einen mit der zuständigen Referatsleitung im Ministerium, zum anderen mit den Stiftungen für Hochbegabte.

Beispiel eins: Einen Bericht über das Studium der Frauen, Ende der 80er Jahre hergestellt, wollte das Ministerium nicht publizieren, wegen einiger Aussagen über die höhere Prüfungsangst und Studienbelastung von Studentinnen. Befürchtet wurden erneute Ressentiments gegenüber Studentinnen, etwa durch Juraprofessoren. Trotz zweier Gutachten von anerkannten „Frauenforscherinnen“ (zumal beide Professorinnen) blieb das Ministeriumsreferat (selbst von einer Frau geleitet) ablehnend. Der gesamte Bericht wurde dann unverändert in unserer eigenen Reihe publiziert, den Heften zur Bildungs- und Hochschul-

forschung, und er hat einige Aufmerksamkeit und Rezeption bei den damals entstehenden „Gleichstellungsreferaten“ an den Hochschulen gefunden.

Zweites Beispiel: Ein anderer Bericht, der sich mit dem wissenschaftlichen Nachwuchs unter Studierenden befasste, enthielt ein Kapitel über die Rolle der Stiftungen für Hochbegabte. Darin standen kritische Befunde zu deren Transparenz und Auswahlverfahren (schief zu Lasten der Bildungsaufsteiger). Da glühten offenbar die Telefone im Hintergrund und das Ministerium wurde so unter Druck gesetzt, dass es um die Herausnahme dieses speziellen Kapitels bat, begründet damit, dass es sich bloß um „subjektive Befragungsdaten“ handelt. Wir sind dem gefolgt und haben das Kapitel in einem „Sonderdruck“ hergestellt und verteilt, versehen mit dem Lay-out und Signum des Ministeriums. Immerhin haben einige Stiftungen sich nicht nur aufgeregt, sondern tatsächlich ihre soziale Selektivität selbst überprüft und Änderungen eingeleitet.

Gründe für die Akzeptanz

Unsere Arbeit folgt einem im Grund einfachen Prozess: Wir sammeln **Daten** und bereiten sie zu **Informationen** auf, wir stellen **Befunde** dar und ziehen durchaus **Folgerungen** – wobei es sich um Empfehlungen, Anregungen und Überlegungen mit Bezug auf die Empirie des Studierendensurveys handelt. Was wir im Feld von Politik und Praxis damit bewirken können, bleibt grundsätzlich offen und diffus: Es kann daher als „Influence“, d.h. Einflussnahme, bezeichnet werden - und so verstehen wir auch unsere politische Beratung.

Abschließend stellen wir keinen Code of Behaviour für die Politikberatung auf, sondern führen nur sechs Prinzipien an, die uns geholfen haben, Resonanz und Akzeptanz des Studierendensurveys im Feld der Politik auf den verschiedenen Ebenen zu sichern:

- (1) *Anerkennung in der Fachwissenschaft*, sowohl methodisch wie inhaltlich – eine starke theoretische Verankerung herstellen, selbst aktiv für den wissenschaftlichen Austausch arbeiten, sogar in eigenen Workshops.
- (2) *Der feststellbaren Wahrheit verpflichtet* bleiben: „So sind die Daten...“; Interpretationen immer empirisch absichern, möglichst methodisch „wasserdicht“; Befunde durch Gespräche „nachprüfbar“ und „erfahrbar“ machen.
- (3) *Der Hochschulpraxis auf Verlangen immer zur Verfügung stehen* – mit vielen Adressaten von den Leitungen und Studentenvertretungen, über die Studienberatung und das Qualitätsmanagement bis zu den Kirchengemeinden.

- (4) *Offen sein* für alle, auch für *unterschiedliche politische Gruppierungen*, etwa deren Einladungen zu folgen – durchaus mit riskanten Folgen, etwa zur FDP zu gehen oder die Adenauer- oder Rosa-Luxemburg Stiftung beehren.
- (5) *Politikberatung* ist nicht nebenher zu leisten; sie bedarf eines *nicht unerheblichen Aufwandes* und eigener Grundlagen und Formen, um politisch oder praktisch Handelnde zu erreichen, womöglich zu überzeugen.
- (6) Das *Feld der Politik wertschätzen* und die politisch Handelnden respektieren: dort herrschen andere Codes und Regeln, andere Maßstäbe und auch Zwänge – dazu gehört nicht zuletzt das Spiel um die Macht.

Deshalb können wir resümieren: Wir reden gar nicht so gerne oder stolz von „Politikberatung“ – das machen eher andere wie „Unternehmensberatungen“ mit Flip-Charts und vielen Pfeilen... Wir gewinnen Daten und stellen nüchterne Tabellen oder Reports zur Verfügung, wir betreiben „Öffentlichkeitsarbeit“. Wir verzichten keineswegs auf Folgerungen und Anregungen, wir ziehen sie durchaus und stellen sie dann zur Diskussion, wie auch diese, unsere Ausführungen zum Studierendensurvey und seiner „Politikberatung“.